



Dialogue on
Globalization

BRENNPUNKTE

Finanzkrise in Kolumbien: Die Ruhe vor dem Sturm?

Miguel Cárdenas, Simon Bettighofer und Till Schneider

Seit vergangenem Herbst werden die kolumbianischen Nachrichten von der Wirtschaft dominiert. Zum einen verloren Hunderttausende Kleinanleger bei undurchsichtigen und nach dem Schneeballprinzip konzipierten Geldwäsche-Geschäften ihr Vermögen. Zum anderen warf die von den USA ausgehende Finanzkrise ihre Schatten auf die kolumbianische Volkswirtschaft. Dabei sind die bisherigen Folgen für den kolumbianischen Finanzsektor äußerst gering. Bspw. gingen der als eine der Hauptgeschädigten geltende *Banco de la República* weniger als 0,012 % ihrer internationalen Rücklagen und nur knapp 0,1 % ihrer in Pensionsfonds befindlichen Vermögenswerte verloren. Das kolumbianische Finanzsystem hat anscheinend aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt und infolge der Finanzkrise in den 80er Jahren der kolumbianischen Zentralbank ein deutlich größeres Maß an Autonomie zugestanden, um eine unabhängige, landesweite Geldpolitik zu gewährleisten. Nach einer neuerlichen Finanzkrise in den 90er Jahren wurde außerdem ein Fonds zur Sicherung der Solvenz kolumbianischer Geldinstitute ins Leben gerufen, der Transaktionen und Depot-Geschäfte staatlicher Banken mit dem Ziel überwacht, die Stabilität des kolumbianischen Finanzsektors sicherzustellen. Hierin besteht der maßgebliche Grund dafür, dass kolumbianische Geldinstitute in der jüngeren Vergangenheit in nahezu keine riskanten Anlagen in den USA investiert haben. So zog die Pleite von *Lehman Brothers* in Kolumbien lediglich Verluste in Höhe von ca. US\$ 2,5 Mio. nach sich. Die Krise ist in Kolumbien trotz der relativ stabilen Lage des Finanzsektors spürbar, da sie sich auf die gesamtwirtschaftliche Lage Kolumbiens auswirkt.

Erste Anzeichen der Krise

Die von der kolumbianischen Regierung abgegebenen aktuellen Prognosen für das Wirtschaftswachstum des Landes wurden aufgrund des Ausmaßes der Krise in den USA von 3 % auf 0,5-1,5 % nach unten korrigiert. Besorgniserregend sind insbesondere die Zahlen für die Industrie, den Handel und das Baugewerbe. Dennoch erweist sich die gesamtwirtschaftliche Situation Kolumbiens im Vergleich mit der diverser Nachbarstaaten, die

sich teilweise gar mit einem Minuswachstum konfrontiert sehen (z.B. Mexiko), bisher jedoch als robust.

Der seit August 2008 im Verhältnis zum US-Dollar stetig fallende Wert des kolumbianischen Peso gibt hingegen weniger Anlass für Optimismus. Konnten im vergangenen Juli US-Dollar noch zu einem Wechselkurs von 1.812,8 COP\$ erworben werden, betrug der entsprechende Wert im Februar 2009 nunmehr 2.520,2 COP\$. Stützungskäufe der Regierung sind bisher weder erfolgt noch geplant.

Auch die derzeitige Arbeitslosenquote stimmt bedenklich. Mit 2,52 Mio. Arbeitslosen erreichte sie im Februar 2009 einen neuen Fünf-Jahres-Höchststand von 12,5 %. Laut Kolumbiens Präsident Álvaro Uribe sei diese Entwicklung jedoch nicht darauf zurückzuführen, dass in besagtem Zeitraum Arbeitsplätze verloren gingen. Die Rate sei vielmehr gestiegen, da die Zahl der als arbeitssuchend Gemeldeten zugenommen habe. Zahlen des staatlichen Statistikamtes *DANE* unterstützen diese Aussage. Von Dezember 2008 auf Februar 2009 wuchs die Zahl der Berufstätigen um 330.000. Dennoch wird laut der unabhängigen Stiftung *Fedesarrollo* die Zahl der Arbeitslosen bis zum Jahresende auf schätzungsweise 13-14 % ansteigen.

Darüber hinaus sind im Rahmen der Krise noch zwei weitere bedeutsame Pfeiler der kolumbianischen Realwirtschaft ins Wanken geraten. Die Rede ist zum einen von den so genannten „remesas“, d.h. den Überweisungen von Exilkolumbianern an ihre Familien in Kolumbien. Zum anderen sind die kolumbianischen Warenausfuhren in die Region betroffen. Da 73 % der kolumbianischen Auswanderer in den USA und Spanien leben, hat die Zuspitzung der Finanzkrise speziell in diesen beiden Staaten dazu geführt, dass die so genannten „remesas“ einen deutlichen Rückgang erfahren haben. Im Jahr 2008 waren sie mit einem Anteil von 2% am BIP ein bedeutender Bestandteil der kolumbianischen Volkswirtschaft. Laut der *Banco de la República* beläuft gingen die „remesas“ um US\$ 156 Mio. zurück, wovon ca. 3 % der kolumbianischen Haushalte direkt betroffen sind.

Da sich die kolumbianischen Exporte in die Region zu über 70 % auf die USA, Venezuela und Ecuador konzentrieren, treffen die Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaften dieser Staaten die wirtschaftliche Entwicklung Kolumbiens schmerzlich. Die Gesamtzahl der kolumbianischen Exporte fiel im Januar 2009 im Vergleich zum Vorjahr um 13,2 %. Die Ausfuhr von Kaffee ging beispielsweise um 15,2 % zurück. Noch stärker traf es den Bereich fossiler Brennstoffe, der einen Ausfuhrückgang von 42,2 % verzeichnete. Da jedoch nicht nur die Absatzmengen, sondern auch die Preise für Primärgüter in den letzten Monaten teils erheblich gesunken sind, ist nicht auszuschließen, dass in naher Zukunft weitere Turbulenzen auf die kolumbianische Wirtschaft zukommen.

Späte Maßnahmen der Regierung

Während in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds in der Dominikanischen Republik und El Salvador bereits Hilfsprogramme auf den Weg gebracht werden konnten, hat die kolumbianische Regierung, wie auch die Mehrheit der Regierungen der anderen südamerikanischen Staaten, keine vergleichbare Unterstützung angefragt. Ebenso wenig wurden bis Anfang dieses Jahres von offizieller Seite Maßnahmen gegen die Folgen der Krise angekündigt oder eingeleitet. Mit Ablauf des Monats März räumte man erstmalig ein, dass die weltweite Finanzkrise das Land entgegen bisheriger Annahmen nun doch ereilt habe.

Die aktuelle Regierungsstrategie zur Bekämpfung der Finanzkrise umfasst dabei im Wesentlichen vier Komponenten: Erstens hat die kolumbianische Regierung beschlossen, die im Haushaltsplan für 2009 vorgesehenen Ausgaben um mehr als US\$ 1 Mrd. zu kürzen und die staatlichen Ausgaben auf Sozialprogramme und solche zur Förderung der Produktivität des industriellen Sektors zu konzentrieren. Zweitens ist geplant, die für das laufende Haushaltsjahr zur Verfügung stehenden Mittel der Außenfinanzierung in Höhe von rund US\$ 3,5 Mrd. ausschließlich zur Sicherung von Arbeitsplätzen sowie der Produktivität der heimischen Wirtschaft einzusetzen. Drittens will die Regierung die Produktionsaktivitäten mittelständischer Unternehmen mit rund US\$ 1 Mrd. fördern. Viertens ist ein Infrastruktur-Investitionsprogramm über US\$ 25 Mio. geplant.

Die späte Reaktion der Regierung lässt sich damit erklären, dass die Indikatoren für den Zustand der kolumbianischen Wirtschaft bis zuletzt ausgesprochen gute Werte aufwiesen. So betrug zum einen die staatliche Auslandsverschuldung Ende 2008 lediglich 21 % des BIP – ein relativ sicherer Beleg für die hohe Zahlungsfähigkeit Kolumbiens. Zum anderen ist die private Auslandsverschuldung die zweitniedrigste in ganz Lateinamerika, woraus sich eine geringe Anfälligkeit gegenüber Wechselkursschwankungen ableiten lässt. Ein la-

teinamerikaweites abgestimmtes Krisenmanagement jenseits der nationalen Bemühungen ist bisher nicht in Sicht.

Schwache Reaktion der Gewerkschaften

Die CUT, der größte Gewerkschaftsverband des Landes, übt indessen scharfe Kritik am Vorgehen der Regierung. Die möglichen Auswirkungen der Krise auf die kolumbianische Wirtschaft seien bis zuletzt verkannt worden und angekündigte Maßnahmen kämen schlicht zu spät. Dies sei besonders unverständlich, da Kolumbien eines der am stärksten von der Krise betroffenen Länder Lateinamerikas darstelle. In diesem Kontext verweist die CUT u.a. darauf, dass der kolumbianische Staat ca. US\$ 24 Mrd. internationale Rücklagen besitzt, für deren Deckung überwiegend das US Finanzministerium verantwortlich zeichnet, weswegen ein Verlust nicht auszuschließen sei. Auch habe die Regierung die Arbeiter bisher nicht über das tatsächliche Ausmaß der Krise informiert und damit verhindert, dass sie sich umgehend um eine alternative Sicherung ihrer Geldanlagen kümmern, sofern diese von US Banken verwaltet werden.

Darüber hinaus unterzeichnete die CUT bereits im vergangenen Oktober zusammen mit der ebenfalls kolumbianischen CTC und 44 weiteren lateinamerikanischen Gewerkschaftsverbänden eine gemeinsame Erklärung anlässlich der sich abzeichnenden Finanzkrise. Darin forderten sie die WTO und deren Mitgliedstaaten auf, eine sozialverträglichere und nachhaltigere Wirtschaftspolitik auf breiter internationaler Basis zu etablieren, mit dem primären Ziel des Erhalts und der Schaffung von Arbeitsplätzen.

Ausblick

Die kolumbianische Regierung ließ mit ihrem Maßnahmenpaket zur Bewältigung der Finanzkrise lange auf sich warten. Dies hat in weiten Teilen der Bevölkerung und bei den Gewerkschaften zu großem Unverständnis geführt. Man hatte sich weitaus früher und vor allem umfassendere Schritte von offizieller Seite erhofft. Der momentane im Vergleich mit anderen lateinamerikanischen Volkswirtschaften stabile „Gesundheitszustand“ der kolumbianischen Realwirtschaft scheint dem Zeitplan der Regierung jedoch Recht zu geben. Diese Tatsache nahm der IWF als Anlass, um das bisherige Handeln der kolumbianischen Regierung als positiv zu bewerten. Laut einer Erklärung von Anfang dieses Jahres ist „die kolumbianische Wirtschaft bestens für die Krise gewappnet“.

Die Autoren sind Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kolumbien.